

BILDEN SIE SICH IHRE MEINUNG - WIR HABEN FÜR SIE GEFRAGT:

Anfrage des Landespflegerates Berlin-Brandenburg:

Im Jahr 2018 hat das Land Brandenburg eine repräsentative Umfrage bei den Pflegefachpersonen durchgeführt, die klar zeigt: „eine signifikante Mehrheit von 56% der Pflegefachkräfte ist für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg. Dieses Bild zeigt sich in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (57%), der stationären Pflege (57%) und im Krankenhausbereich (55%)“. (Abschlussbericht Dialog Pflegekammer 2019, S. 38)

Die Ergebnisse wurden durch das Ministerium bis zur Unkenntlichkeit in einer Abschlussveranstaltung interpretiert und Entscheidungen zur Gründung eines Errichtungsausschusses für eine Pflegekammer in Brandenburg zurückgestellt und auf die nächste Legislatur verschoben.

Um die Pflegenden in Brandenburg darüber zu informieren, ob bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung die Parteien eine Pflegekammer zum Bestandteil der Forderungen machen, haben wir um eine deutliche Aussage auf folgende Frage gebeten.

Wird Ihre Partei bei einer eventuellen Regierungsbeteiligung sich für die Gründung einer Pflegekammer einsetzen und damit den Pflegenden in Brandenburg Autonomie, Selbstverwaltung und Mitbestimmung im Gesundheitssystem ermöglichen?

Folgende Antworten auf den Wahlprüfstein des Landespflegerates Berlin-Brandenburg erreichten uns auf unsere Anfrage:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

...“Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass in dem Fall, in dem sich die Angehörigen der Pflegeberufe im Land Brandenburg für eine Pflegekammer aussprechen, wir eine rasche Gründung der Kammer unterstützen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kammer den professionell Pflegenden ermöglicht, über Inhalte ihrer Arbeit, die Qualifikation und Zusatzqualifikationen ihres Berufs, die Einhaltung der Berufsordnung und somit auch Versorgungsqualität mitzubestimmen. Angesichts der teilweise leicht widersprüchlichen Befragungsergebnisse könnten wir uns vorstellen, in einem ersten Schritt die Stichprobe zu erweitern beziehungsweise über eine erneute Kampagne insbesondere hinsichtlich der Beitragssätze Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Wir gehen von moderaten, an der Einkommenshöhe orientierten Beiträgen aus. Eine Kammer, davon sind wir überzeugt, funktioniert nicht mit einer freiwilligen Mitgliedschaft.“...

FDP Brandenburg

...“Wir unterstützen die Gründung einer Pflegekammer mit dem Ziel der Stärkung von Autonomie, Selbstverwaltung und Mitbestimmung von Pflegenden – sofern der Eintritt in die Kammer auf freiwilliger Basis erfolgt.“...

DIE LINKE Brandenburg

... „Wir wollen die Diskussion über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung einer Pflegekammer in der neuen Wahlperiode zum Abschluss bringen. Dabei sind verschiedenste Aspekte zu berücksichtigen – nicht zuletzt der, ob die aktuelle Kammerstruktur nicht generell zu hinterfragen ist. Ein Aspekt ist der, ob ausnahmslos alle Akteure der Pflege - von examinierten Pflegefachkräften über Pflegehelfer, Assistenten, Betreuungskräften bis hin zu pflegenden Angehörigen - in der Pflegekammer vertreten sind. Weiterhin ist im Vorfeld zu klären, wie die Pflegekammer an der Lösung der eigentlichen Probleme der Pflege – Fachkräftemangel, Arbeitsbedingungen, Entlohnung – mitarbeiten kann, denn genau da liegt die Erwartungshaltung der meisten Pflegekräfte und genau da hört das Aufgabenspektrum der meisten Kammern aber auf. Wichtig ist, dass die Akteure der Pflege ein echtes Mitspracherecht haben und in naher Zukunft Problemlösungen sehen und nicht, dass sie sich „zwangsverkamert“ an ergebnisoffenen Diskussionen beteiligen können, denn wie die Befragung zeigte, ist eine knappe Mehrheit zwar für eine Interessenvertretung, aber bspw. gegen Pflichtbeiträge. DIE LINKE sieht in den jetzigen Kammerstrukturen bis jetzt nicht alle notwendigen Aspekte berücksichtigt, die im Bereich Pflege zu berücksichtigen sind. Aus diesem Grunde ist die Diskussion fortzusetzen, bis eine solide Interessenvertretung – ob als Kammer oder in Form eines anderen Zusammenschlusses - entwickelt worden ist.“...

CDU Brandenburg

... „Die Einrichtung einer Pflegekammer ist für die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg eine wichtige Angelegenheit. Wir hatten bereits im April 2015 mit dem Antrag: „Den Weg zur Pflegekammer jetzt auch in Brandenburg frei machen!“, eine solche Institution gefordert. Leider wurde dieser Vorschlag durch die Regierungsmehrheit damals abgelehnt. Der Plan war zunächst alle Betroffenen über eine Kammer zu informieren und dann zu befragen. Nach fast vier Jahren lag das Ergebnis vor – eine große Mehrheit entschied sich für eine Pflegekammer. Im Regierungsprogramm der CDU Brandenburg ist die Einrichtung einer Pflegekammer daher ein wichtiger Punkt (siehe S. 41):

„Die Errichtung einer Pflegekammer wurde in einer Abstimmung aller Beteiligten im Jahr 2018 mehrheitlich befürwortet. Wir schließen uns diesem Votum an und unterstützen die Einrichtung einer Pflegekammer, in der alle Fragen der beruflichen Pflege diskutiert werden.“

Die Stärkung der Pflege ist für uns ein grundsätzliches Anliegen. Wir wollen mehr Qualität für die Fachkräfte und die Pflegebedürftigen. Deshalb werden wir außerdem mit einem Investitionsprogramm Anreize für zusätzliche Plätze in der Tagespflege schaffen und Familien künftig noch mehr unterstützen. Personen in einer Pflegeeinrichtung sollen ferner künftig einen gedeckelten Eigenanteil zahlen. Wir werden uns hierfür gegenüber dem Bund einsetzen und zugleich der eigenen Verantwortung gerecht werden. Für die CDU ist zudem die Fachstelle Altern und Pflege im Quartier ein wichtiger Baustein zur Bewältigung der bestehenden Probleme. Wir werden dies und vor allem auch die kommunalen Pflegestützpunkte noch mehr in den Fokus unserer Tätigkeit rücken. Darüber hinaus benötigen die Fachkräfte die Unterstützung der Politik. Wir setzen uns für einen flächendeckenden Tarifvertrag und deutlich mehr Gesundheitsmanagement ein.“...

SPD Brandenburg

...“Für die SPD Brandenburg ist es selbstverständlich, dass die engagierte und verantwortungsvolle Arbeit der vielen in Brandenburg tätigen Pflegekräfte die größte Wertschätzung verdient. Pflegekräfte stellen sich täglichen den umfassenden An- und Herausforderungen der Pflege, mit denen wir wahrscheinlich alle im Familien- oder Bekanntenkreis früher oder später konfrontiert sein werden oder bereits schon sind. Dabei haben sich in den letzten Jahrzehnten insgesamt die Herausforderungen im Bereich der Pflege verändert. Einem erfreulichen Anstieg der Lebenserwartung in unserer Gesellschaft stehen die Auswirkungen sinkender Geburtenraten gegenüber. Pflegende, Angehörige, Verbände, Träger von Pflegeeinrichtungen und nicht zuletzt die Politik versuchen nun gemeinsam auszuloten, mit welchen Mitteln diesen Herausforderungen zu begegnen ist. Nicht zuletzt aufgrund dieses Diskussionsprozesses ist es für uns als SPD klar, dass Brandenburg eine starke und wirkungsvolle Interessenvertretung braucht, die mit einer Stimme für die Pflegekräfte spricht. So hat die SPD Brandenburg bisher mit großem Interesse die Debatten rund um die mögliche Schaffung einer Pflegekammer in Brandenburg verfolgt. Im Rahmen des „Dialog Pflegekammer“ wurden Pflegefachkräfte in einer repräsentativen Befragung um ihre Meinung zur Gründung einer Landespflegekammer in Brandenburg gebeten. Das Ergebnis der Befragung spiegelt das Pro und Contra der öffentlichen Diskussionen zur Installierung einer solchen Kammer wider. Sprechen sich laut dem Bericht 56 Prozent der befragten Personen für eine Pflegekammer in Brandenburg aus, lehnen demgegenüber 53 Prozent einen Pflichtbeitrag für eine solche Kammer ab. Diese Zahlen erschweren ein eindeutiges Votum. Gleiches gilt für den Aspekt, dass schon im Vorfeld der Befragung feststand, dass die Befragung keine Abstimmung sein würde, welche die politische Entscheidung zur möglichen Pflegekammererrichtung ersetzen bzw. präjudizieren kann. Zudem dürfen auch nicht die 2.550 Unterschriften ignoriert werden, welche ver.di im Mai 2019 an den Brandenburger Landtag übergebenen hat. Die Unterzeichner demonstrierten damit, dass sie zwar die Notwendigkeit einer starken Interessenvertretung unterstrichen, sich aber gleichzeitig gegen eine Pflichtmitgliedschaft in einer Pflegekammer und gegen Zwangsbeiträge aussprachen. Zugleich muss die Konfrontation in Niedersachsen zwischen Befürwortern und Gegnern der Pflegekammer ein mahnendes Beispiel sein. Gerade hier ging der Einrichtung der Kammer ein ähnliches knappes Befragungsergebnis wie in Brandenburg voraus. Diesen Widerstand, eine drohende Spaltung der Pflegekräfte, wollen wir als SPD in Brandenburg verhindern. Darunter leiden vor allem die zu pflegenden Menschen. Aufgrund der noch vorherrschenden Unklarheit ist es für uns als SPD folgerichtig, ohne Zeitdruck und Zwang, den Klärungsprozess fortzuführen. Es braucht eine weitere Aufklärung und Diskussion. Genauer sollte der begonnene Pflegedialog mit den Betroffenen, ihren Interessenvertretungen und Verbänden landesweit sowie regional, zum Beispiel in Pflegekonferenzen in den Versorgungsregionen des Landes oder in Dialog-Veranstaltungen vor Ort, auf Augenhöhe fortgesetzt und institutionalisiert werden. Durch Einbeziehung weiterer Akteure der Pflege in den Sozialpartner-Dialog des Landes kann eine stärkere Gewichtung der Pflege in diesem Gremium erreicht werden. Weiterhin sollte die Diskussion zur Errichtung von Pflegekammern in anderen Bundesländern sorgfältig weiterverfolgt und ausgewertet werden. Zudem sollte dem zuständigen Fachausschuss des Landtages sowie dem Landtag in regelmäßigen Abständen über Erfahrungen und die erreichten Ziele in den vorgenannten Forderungen berichtet werden.

Ich bin mir sicher, dass es uns so gelingen wird, für Brandenburg eine starke und wirkungsvolle Interessenvertretung zu schaffen, die mit einer Stimme für die Pflegekräfte spricht.“ ...

Der Landespflegerat Berlin-Brandenburg wird sich weiterhin engagiert für eine Pflegekammer in Brandenburg einsetzen, denn nur sie bietet eine wirkungsvolle und vor allem unabhängige Interessenvertretung für die beruflich Pflegenden. Diese Unabhängigkeit erreichen wir nur durch eine unabhängige Finanzierung. Der Pflegering in Bayern zeigt, dass ein auf freiwilliger Mitgliedschaft und Abhängigkeit von staatlichen Geldern basierendes Modell keine Alternative sein kann. Nur eine in ihrer Finanzierung unabhängige, da über Beiträge finanzierte, Pflegekammer kann glaubhaft die Interessen der Pflegekräfte vertreten.